

**16986/AB**  
**Bundesministerium vom 22.03.2024 zu 17514/J (XXVII. GP)**  
**bmeia.gv.at**  
 Europäische und internationale  
 Angelegenheiten

**Mag. Alexander Schallenberg**

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

Wien, am 22. März 2024

GZ. BMEIA-2024-0.078.460

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Jänner 2024 unter der Zl. 17514/J-NR/2024 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichische Wahlbeobachter:innen nicht in Stich lassen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

- Welche diplomatischen Maßnahmen wurden von Seiten des Bundesministers vorbereitet bzw. bereits eingeleitet, um auf die Diffamierung in diesem speziellen Fall zu reagieren?
- Sind Maßnahmen anderer Mitglieder der Bundesregierung bekannt, um in diesem speziellen Fall Österreicher:innen bei der Ausübung ihrer Funktion als Wahlbeobachter:innen zu schützen?
- Gab es bisher Treffen bzw. einen Austausch zwischen dem Bundesminister mit seinem serbischen Amtskollegen und/oder Diplomat:innen bzw. sind solche geplant?
- Ist bekannt, dass es von anderen Regierungsmitgliedern derartige Gespräche gegeben hat oder geplant sind?
- Plant der Bundesminister das Thema auf internationaler bzw. europäischer Ebene anzustoßen, um gemeinsam mit unseren Partner:innen die Wahlbeobachter:innen bei der Ausübung ihrer Funktion zu schützen?  
 Wenn ja: Wann, wo und in welcher Form?  
 Wenn nein: Warum nicht?

- *Welche diplomatischen Maßnahmen wurden seitens des Bundesministers vorbereitet bzw. bereits eingeleitet, um Österreicher: innen künftig bei der Ausübung ihrer Funktion als Wahlbeobachter:innen zu schützen?*

Da es sich bei den genannten Wahlbeobachtungsmissionen um Aktivitäten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beziehungsweise des Europarates handelt, obliegen etwaige vorbeugende oder nachträgliche Maßnahmen zum Schutz der Missionsmitglieder im Sinn einer umfassenden Fürsorgepflicht („duty of care“) den jeweiligen Organisationen. Betreffend Wahlbeobachtungsmissionen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) setzt sich mein Ressort regelmäßig für umfassende Schutzkonzepte zugunsten der Missionsmitglieder ein. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen der „Election Observation Focal Points“-Treffen beim ODIHR. Darüber hinaus können sich Betroffene jederzeit an mein Ressort wenden, um konsularische Unterstützung zu erhalten. Hinsichtlich diplomatischer Maßnahmen gegenüber Serbien verweise ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 17503/J-NR/2024 vom 19. Jänner 2024.

Mag. Alexander Schallenberg

